

Ja zu einer nachhaltigen und unabhängigen Energiepolitik

Im Herbst 2023 hat das Parlament ein Gesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet. Gegen die Vorlage wurde allerdings das Referendum ergriffen – so stimmen wir am 9. Juni darüber ab. Alle geplanten Änderungen hängen stark zusammen, weshalb sie in einem sogenannten Mantelerlass gemeinsam beschlossen werden.

Die Schweiz braucht immer mehr Strom, zum Beispiel für Elektroautos, Wärmepumpen oder die Wirtschaft. Wir sollen rasch Strom aus erneuerbaren Energiequellen produzieren können und wären damit nicht vom Ausland abhängig. Unsere Infrastrukturen bieten viel Potenzial für grössere Anlagen, welche die Versorgung sichern. Durch das Stromgesetz werden Bauten von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden vereinfacht. In Biotop-

pen von nationaler Bedeutung sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten wird der Bau von Stromproduktionsanlagen verboten und die Biodiversität bleibt geschont. Damit legt ein Gesetz erstmals klare Regeln fest, wo eben nicht gebaut werden darf und der Naturschutz höher zu gewichten ist.

Wir brauchen ein JA zum Stromgesetz. Unser Ziel Netto-Null bis 2050 können wir nur erreichen, wenn wir fossile Energieträger ersetzen.



Andrea Kaufmann
Parteipräsidentin Die Mitte Sursee

Termine 2024

**Dienstag, 4. Juni,
18.00 Uhr**

Partei- und Dankesfest
Sempach

Sonntag, 9. Juni

Abstimmungssonntag

**Donnerstag, 20. Juni,
19.00 Uhr**

Generalversammlung
Weinbau Mariazell

**Donnerstag,
22. August, 19.30 Uhr**

Delegiertenversammlung
MZH Hildisrieden

**Freitag, 27. September,
19.00 Uhr**

News aus Bern
Ort noch unbekannt

**Montag, 18. November,
18.00 Uhr**

Themenabend
mit Michaela Tschuur
Geuensee

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



Das Problem an der Wurzel packen

Die steigenden Gesundheitskosten sind gemäss Credit Suisse Sorgenbarometer 2023 das Sorgenthema Nummer eins bei der Schweizer Bevölkerung. Das Kostenwachstum schlägt sich in steigenden Prämien nieder, was für viele Familien, den Mittelstand oder Personen mit tiefem Einkommen ohne staatliche Prämienverbilligungen seit Jahren immer belastender wird. Die politische Linke will die Auswirkungen des Grundproblems einfach mit noch mehr staatlichen Geldern mindern, anstatt das Problem zu lösen. Doch wir packen es mit unserer Kostenbremse-Initiative und griffigen Massnahmen auf der Ausgabeseite bei den Wurzeln!

Unser Gesundheitssystem bietet viele Fehlanreize, welche die Gesamtkosten und damit auch die Krankenkassenprämien in die Höhe treiben. Die verschiedenen Akteure haben kaum ein Interesse daran, Massnahmen zu ergreifen, um diese Kosten in den Griff zu bekommen oder bestenfalls sogar zu senken. Mangelnde Transparenz, überhöhte Preise, unnötige Behandlungen aus Rentabilitätsgründen und kaum überregionale Zusammenarbeit

sind nur einige Beispiele dafür, weshalb das Gesundheitswesen kränktelt.

Wussten Sie beispielsweise, dass ein Aspirin in der Schweiz 410% mehr kostet als im benachbarten Ausland? Oder wussten Sie, dass wir täglich CHF 20 Mio. im Gesundheitswesen einsparen könnten, wenn die Digitalisierung funktionieren würde? Seit rund 20 Jahren gibt es einen Massnahmenplan mit rund 30 Verbesserungspunkte, womit man jährlich CHF 6 bis 8 Milliarden einsparen könnte, ohne Qualitätseinbussen im Gesundheitswesen zu generieren.

Für Die Mitte ist es klar, dass reine Lippenbekenntnisse nicht reichen, um die Gesundheitskosten nachhaltig in den Griff zu bekommen. Denn was bis heute zur Umsetzung dieses Massnahmenplans fehlt, ist der notwendige Druck auf die verschiedenen Akteure. Genau aus diesem Grund hat sie ihre Kostenbrenseninitiative lanciert, welche das Problem der explodierenden Kosten nachhaltig aufgreift und an den Wurzeln packt. Dies ganz ohne Mehrkosten für die Kantone, anders als das Prämienentlastungsinitiative der SP der Fall



wäre. Denn würde die Initiative der SP angenommen, hätte das allein für den Kanton Luzern Mehrkosten von CHF 74 Mio. pro Jahr! Wer das bezahlen soll, ist zwar nicht geregelt, die Chancen stehen aber gut, dass es auch Ihr Portemonnaie treffen wird!

Die Mitte – und auch ich – sind davon überzeugt, dass es jetzt unsere Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen braucht, welche die Kosten nachhaltig senkt, indem sie Fehlanreize beendet und die Akteure zum Handeln zwingt. Deshalb stimmen auch Sie am 09. Juni 2024 Ja zur Kostenbremse-Initiative. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Elias Meier
Co-Präsident
Die Mitte Wahlkreis Sursee

beck
sammelhof.ch

 **Felber**

HOLZBAU
ELEMENTBAU
SCHREINEREI


Elektro AG

Ja zum Sonderkredit für die Erweiterung der Primarschule St. Martin

Angesichts des kontinuierlichen Anstiegs der Schülerzahlen ist die Erweiterung der Schulanlage St. Martin in Sursee unumgänglich geworden. Durch diese Erweiterung wird nicht nur zusätzlicher Schul- und Sportraum auf der Primarstufe geschaffen, sondern auch Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen und eine attraktive Lernumgebung sichergestellt. Zugleich werden die aus dem Jahre 1978 stammenden Pavillons wie auch die Containeranlage ersetzt.

Das neue Schulhaus St. Martin bietet Raum für zwölf Klassen, zwei Räume für das technische Gestalten sowie ein Mehrzweckgebäude mit einer Einfachturnhalle, einem Mehrzweckraum und zusätzlichen Räumen für die Ta-

gesstrukturen. Das Projekt legt die Grundlage für die Erhaltung einer hohen Schulqualität und schafft gleichzeitig Raum, der auch von der Quartierbevölkerung und den Vereinen genutzt werden kann. Dies unterstreicht das Engagement der Stadt Sursee für eine lebendige Quartierentwicklung und vielfältiges Vereinsleben. Die Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern fungiert auch als sozialer Knotenpunkt der Bevölkerung. Aufgrund

der genannten Gründe und der Überzeugung, dass das Projekt wesentlich zur Erhaltung einer qualitativ hochwertigen Bildung beiträgt und gleichzeitig den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung gerecht wird, empfiehlt die Bildungskommission, den Sonderkredit für die Erweiterung der Primarschule St. Martin zu genehmigen.

Claudia Bossert
Präsidentin Bildungskommission

Einladung zur Generalversammlung

Donnerstag, 20. Juni

- 19 Uhr** Führung Weinbau Mariazell und Weinbau Sempachersee, Besammlung bei der Kapelle Mariazell
20 Uhr Generalversammlung, Anschliessend Apéro Schulungsraum Carl Beck Strasse 2

Traktanden

- 1 Begrüssung / Bestellung des Büros
- 2 Protokoll Generalversammlung 19. Juni 2023
- 3 Jahresbericht der Präsidentin
- 4 Jahresrechnung sowie Budget der Partei
- 5 Jahresprogramm
- 6 Verschiedenes

Der Geschäftsleitung freut sich auf eine rege Beteiligung. Gerne begrüssen wir auch neue Gesichter und Interessierte.

Impressum

Die Mitte Sursee
6210 Sursee
www.sursee.die-mitte.ch, info@diemitte-sursee.ch

Verantwortliche Soorsi-News und Kontaktperson der Mitte Sursee
Andrea Kaufmann, Mühlehofstrasse 9, 6210 Sursee

Satz / Gestaltung
Visionaer AG, www.visionaer.ch

Druck
Oetterli AG, www.oetterliag.ch

Auflage
6500 Exemplare





PRO
**GEMEINDE-
VERSAMMLUNG**

Mitsprache für alle!

In Sursee stimmen wir am 9. Juni 2024 an der Urne über ein Stadtparlament ab. Fortan würde die Parteipolitik überhand nehmen und der bürokratische Aufwand der Stadtverwaltung würde sich massiv erhöhen.

- **Vielfalt schützen – Meinung einbringen! Die Gemeindeversammlung steht allen Einwohnern offen.**
- **Nutze den direkten Draht! Die Gemeindeversammlung sichert die Partizipation von kleineren oder nicht politisch organisierten Gruppierungen.**
- **Warum teuer, wenns auch günstig geht?
Die geschätzten wiederkehrenden Kosten für ein Parlament betragen rund Fr. 500 000.– pro Jahr.**

Soorsi sind wir! Deine Meinung ist breiter abgestützt als sie es in einem Parlament wäre.

Deswegen am 9. Juni 2024 NEIN zum Stadtparlament!

progemeindeversammlung.ch